

Schweiz konfisziert Millionen von Präsidententochter

Die Tochter des usbekischen Präsidenten steht im Verdacht der Geldwäsche. Nun greift die Schweiz ungewohnt hart durch – und beschlagnahmt kurzerhand 800 Millionen Franken der umtriebigen Frau.

12.03.2014



Foto: AFP Gulnara Karimowa ist die Tochter des usbekischen Präsidenten Islam Karimov – und verfügt offenbar schon über ein gewaltiges Vermögen

Die älteste Tochter des usbekischen Staatspräsidenten ist ins Visier der Schweizer Justiz geraten. Die Bundesanwaltschaft verdächtigt Gulnara Karimowa der Geldwäsche, wie die Behörde mitteilte.

Vermögen von über 800 Millionen Franken (rund 658 Millionen Euro) sei beschlagnahmt worden. Die Untersuchung stehe im Zusammenhang mit mutmaßlich unrechtmäßigen Vorgängen im usbekischen Telekommunikationsmarkt.

Im Juli 2012 habe die Bundesanwaltschaft eine Strafuntersuchung gegen vier Usbeken mit persönlichen und wirtschaftlichen Verbindungen zur Präsidententochter eröffnet. Zwei von ihnen seien im Sommer 2012 verhaftet und Mitte Oktober 2012 gegen Kaution wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

SEC hat Ermittlungen eingeleitet

Ende August 2013 habe die Behörde zusammen mit der Polizei die Villa Karimowas in Genf durchsucht, um weitere Beweise zu sammeln.

Im September 2013 sei die Strafuntersuchung dann auf die Präsidententochter ausgedehnt worden. Die Schweizer Erkenntnisse hätten auch in Frankreich und Schweden Ermittlungen ausgelöst.

Die schwedischen Strafverfolger gehen Hinweisen nach, dass der schwedische Telekomkonzern TeliaSonera rund 350 Millionen Dollar für eine Lizenz in Usbekistan an eine Gesellschaft bezahlte, hinter der Karimowa steht. Die Untersuchung hatte zum Rücktritt des Telia-Chefs und großen Teilen des Aufsichtsrates geführt.

Auch für andere ausländische Telekomkonzerne haben sich die Investitionen in der früheren Sowjetrepublik als problematisch erwiesen. Die Vermögenswerte des russischen Mobiltelefonanbieters MTS in Usbekistan wurden konfisziert.

Zudem meldete der Konkurrent Vimpelcom, dass die US-Börsenaufsicht SEC und die niederländischen Behörden Ermittlungen eingeleitet haben, die in Zusammenhang mit dem Land stehen dürften.